

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 18. August 2014

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung
am 18. August 2014 beschlossen:

Völkermord im Irak stoppen

Die FDP fordert die Bundesregierung dazu auf, sich für eine Befassung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit den mörderischen Aktivitäten der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) auf zu dem Gebiet des Irak einzusetzen. IS hat unzählige Male gemordet und bedroht das Leben hunderttausender Menschen im Nahen Osten. IS gefährdet akut die Integrität des Iraks sowie Syriens und gefährdet künftig möglicherweise den gesamten Nahen Osten einschließlich Israels und auch die Grenzen des Nato-Partners Türkei.

Vor den Augen der Welt verübt der IS an Schiiten, gemäßigten Sunniten, syrisch-katholischen und chaldäischen Christen sowie Jesiden einen Genozid. Die politische Führung im Irak ist ohne Unterstützung nicht in der Lage, ihre Bürger gegen den Völkermord durch den IS zu schützen. Daraus erwächst Deutschland und Europa im Rahmen der Vereinten Nationen die Verantwortung, zum Schutz von Leib und Leben der bedrohten Bevölkerung aktiv zu werden. Europa und die Weltgemeinschaft dürfen nicht tatenlos zusehen, dass die IS-Schlächter im Irak Völkermord betreiben. Das ist die zivilisatorische Lehre auch aus dem Massaker von Srebrenica.

Es ist daher ein Versäumnis, dass Deutschland nicht den Versuch unternommen hat, eine gemeinsame europäische Haltung zu entwickeln. Umso mehr muss Deutschland jetzt darauf drängen, dass sich die Vereinten Nationen umgehend mit der Lage im Irak befassen. Wenn die Weltgemeinschaft ihre Schutzverantwortung ernst nimmt, muss sie über eine internationale Mission zur Schaffung und Sicherung des Friedens nach Kapitel VII der UN-Charta beraten. Die deutsche Rolle muss sein, auf der Basis des internationalen Rechts eine multilaterale Lösung anzustreben. Zwar müssen militärische Mittel immer *ultima ratio* bleiben. Aber wenn Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der Tagesordnung stehen, dann sind die Voraussetzungen auch für diese letzten Mittel gegeben. Deutschland wird sich hier einem eigenen Beitrag nicht entziehen können.

Die bloße Lieferung von Waffen in das Krisengebiet Irak zur Aufrüstung der Konfliktparteien lehnen wir ab. Denn es ist nicht absehbar, unter wessen Kontrolle diese Waffen dauerhaft gelangen und zu welchen Zwecken sie dort eingesetzt werden. Wer Waffen in fremde Hände gibt, verliert dauerhaft die Kontrolle darüber. Deshalb sind Rüstungslieferungen in Krisenregionen zu Recht ein Tabu. Wenn die Konfliktlage sich ändert oder Rüstungsgüter den Besitzer wechseln, kann die gesamte Region noch weiter destabilisiert werden. Insbesondere besteht die Gefahr, dass die Sicherheitslage des Nato-Partners Türkei akut gefährdet wird. Wer

die Verbrechen im Irak beenden und der Region Stabilität zurückgeben möchte, muss dies mit Truppen tun, die sich klar im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen bewegen.

Zu einer nachhaltigen Lösung gehört auch die Bereitschaft, sich nach dem Ende von Kampfhandlungen nicht selber aus der Verantwortung zu entlassen. Auch für peacebuilding und peacekeeping im Irak wird die Weltgemeinschaft ihren Beitrag leisten müssen, damit die Menschen dort dauerhaft in Sicherheit leben können.